

GRÜNE
in
Dortmund

GRÜNE in Dortmund

Nr. 9
April
2010

MARTIN TÖNNES

ENNO WIESNER

INGRID REUTER

DANIELA SCHNECKENBURGER

MACHEN MEHR MÖGLICH

www.gruene-dortmund.de

GRÜNE 
WWW.GRUENE-NRW.DE



MACHT MEHR GRÜN MÖGLICH:

LANDTAGSWAHL
AM 9. MAI 2010

EINE CHANCE FÜR DORTMUND

Fünf Jahre Schwarz-Gelb haben das Land verändert. Aber nicht zum Positiven. CDU und FDP sind mit einem Grundbekenntnis angetreten, das ihre Politik in den vergangenen fünf Jahren prägte: Privat vor Staat. Das war das Motto, mit dem das Land umgestaltet wurde.

Das war das Motto für den Ausverkauf von Landeseigentum und den Kahlschlag im sozialen Wohnungsbau, für Studiengebühren, für mehr Einfluss von Unternehmen auf die Hochschulen, für den Abbau von Qualität in der Kinderbetreuung, für einen Angriff auf die Leistungsfähigkeit der Stadtwerke – und damit die Kassen der Städte.

Jetzt geht es um einen Richtungswechsel in unserem Land. Wir wollen bei dieser Landtagswahl den schwarzgelben Marsch in ein Land ohne handlungsfähige Städte, ohne Bildungsfortschritt und ohne Zukunftsplan stoppen. Es ist an der Zeit, mehr möglich zu machen: Mehr für die Menschen in NRW, mehr für Städte und Gemeinden, mehr für die Kinder im Land – mehr Zukunft für uns alle.

MEHR ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Land. Noch immer sind wir ein starker Industriestandort, viele arbeiten im Maschinenbau, im Anlagenbau, in der Energieerzeugung, in der Automobilindustrie. Das soll so bleiben. Es wird aber nur gelingen, wenn wir die Märkte der Zukunft besetzen und dafür sorgen können, dass Innovation und technologischer Fortschritt genauso wie die Endprodukte „made in NRW“ bleiben.

In einer Zeit des Klimawandels und zu Ende gehenden Erdöls besteht unsere Chance darin, uns als Industrieland mit starken mittelständischen Betrieben auf die Wirtschaft der Zukunft einzustellen: Ressourcenleicht produzieren, umweltschonende Technologien und Rohstoffe für eine nachhaltige Produktionsweise entwickeln – darin liegt die Chance. Wenn sie nicht länger blockiert wird. Darum wollen wir als GRÜNE Investitionen in erneuerbare Energien erleichtern, indem wir unsere Energieversorgung dezentralisieren. Die Marktmacht der großen Energiemonopole darf den Ausbau dezentraler und nachhaltiger Energieversorgung nicht länger blockieren. Stadtwerke müssen sich ohne Handschellen durch das Land wieder wirtschaftlich betätigen können, erneuerbare Energien müssen eine faire Chance bekommen – und als ersten Schritt müssen wir die Kraft-Wärme-Kopplung auf 33 Prozent steigern.



DANIELA SCHNECKENBURGER
Landtagswahlkreis 111 Dortmund I:
Stadtbezirke Innenstadt-West,
Huckarde, Mengede

Dortmund ist meine Wahlheimat. Geboren und aufgewachsen in Süddeutschland kam ich 1990 aus ganz persönlichen Gründen ins Ruhrgebiet. Für Dortmund als Wohnort entschied ich mich zunächst wegen der Größe der Stadt. Und ich habe es nicht bereut. Nicht nur, weil selbst auf der kleinsten griechischen Insel noch jeder weiß, wo man herkommt (Dortmund? Ah, ich weiß, der BVB ...), sondern weil Dortmund eine Großstadt im Wandel ist mit herausfordernden politischen und sozialen Entwicklungen.

Zwölf Jahre Kommunalpolitik als Fraktionsvorsitzende, als Vorsitzende des Sozialausschusses und als Aufsichtsratsvorsitzende des Konzerthauses und des Klinikums haben mich eng mit der Stadt und ihren Menschen verbunden. Und auch wenn mein Radius als Landesvorsitzende der GRÜNEN in den vergangenen Jahren größer geworden ist: Viele landespolitische Probleme wie die Finanznot der Gemeinden, die ökologische Weiterentwicklung von Industrien, der Verfall von Mietwohnungen oder die Lärmbelästigung durch Straßen und Flugverkehr sind in Dortmund wie in einem Brennglas zusammengefasst. Und nur mit Unterstützung des Landes zu lösen.

UNSER GREEN NEW DEAL:
ARBEIT FÜR MORGEN

Darum wollen wir GRÜNE ein Investitionsprogramm, das uns auch als Bildungsstandort stärkt. Wir wollen unseren Kindern den Weg frei machen in eine Zukunft, in der es auf Bildung und Weiterbildung entscheidend ankommen wird – und dabei auch kein Kind zurücklassen.

Es kommt eben auf alle an: Auf die Unternehmer mit Migrationshintergrund, auf Frauen, die sich selbstständig machen, auf Beschäftigte, die in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt auf Ballhöhe sein müssen, auf gut ausgebildete junge Menschen. Und darum heißt es für uns: weg mit Studiengebühren, in die Schulen und Hochschule investieren. Wachstumschancen in der Gesundheitswirtschaft nutzen, Beschäftigungsförderung und einen sozialen Arbeitsmarkt ermöglichen.

Unser GREEN NEW DEAL – das heißt: mehr Wohnqualität in Dortmund. Hier gibt es viel zu tun. Denn: In den ver-



gangenen Jahren haben große Wohnungsbestände in Dortmund den Besitzer gewechselt, zum Teil mehrfach. Das Land selbst hat in Dortmund 10 000 Wohnungen der LEG an einen Finanzinvestor verkauft. Die Folge: Steigende Mietpreise, sinkende Investitionen, keine Energiesanierung.

Wir wollen, dass das Land die Sanierung energetisch problematischer Wohnungen mit einem auf 10 Jahre angelegten Programm unterstützt. Das schafft Arbeitsplätze in NRW, hebt die Wohnqualität und hilft dem Klima. Gleichzeitig wollen wir diese Chance nutzen, um den Wohnungsbestand an den Bedarf einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen.

Denn: guter Wohnraum entscheidet über die Lebensqualität und den Verbleib von Menschen in den Stadtteilen. Das spürt man auch und gerade bei uns in Dortmund. ●

Daniela Schneckenburger
 (schneckenburger@gruene-nrw.de)

www.daniela-schneckenburger.de



INGRID REUTER

Landtagswahlkreis 112 Dortmund II:
Stadtbezirke Innenstadt-Nord,
Innenstadt-Ost, Eving

1982 kam ich aus beruflichen Gründen nach Dortmund. Nach dem Abschluss meiner LehrerInnenausbildung in Niedersachsen habe ich hier ein Verlagsvolontariat absolviert und arbeite seitdem freiberuflich als Sachbuchredakteurin. Vor allem wegen der Offenheit und Herzlichkeit der Menschen hier bin ich in Dortmund „hängengeblieben“.

Seit 1989 mache ich deshalb für die GRÜNEN Kommunalpolitik – zunächst als Bezirksvertreterin in der östlichen Innenstadt. 2001 wurde ich in den Dortmunder Rat gewählt, seit 2007 bin ich Sprecherin der Ratsfraktion. Nach der Kommunalwahl 2009 wurde ich Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien und vertrate die GRÜNEN außerdem im Personalausschuss.

ENDLICH CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN

Rüttgers und Co. bürdern den Kommunen immer mehr Aufgaben auf und sorgen für keinen finanziellen Ausgleich. Ganz im Gegenteil: Sie haben in vielen Bereichen die Zuschüsse an die Kommunen reduziert. Mit dem Kinderbildungsgesetz KiBiz zum Beispiel hat Schwarz-Gelb die Finanzierung der Kinderbetreuung erheblich vermindert. Das ist besonders dort fatal, wo es – wie in der Nordstadt – viele Kinder gibt und gerade hier der Bedarf an Sprachförderung und Integration besonders hoch ist. Wir GRÜNE wollen deshalb eine vernünftige Gemeindefinanzreform, die den Kommunen in Zukunft ausreichend Geld zur Verfügung stellt – auch für den Ausbau der Kinderförderung und -betreuung.

Spätestens die ersten PISA-Studien legten offen, wie selektiv und ungerecht unser Schulsystem ist. Damit wurde offenkundig, dass eine grundlegende Reform der Bildungslandschaft überfällig ist. Denn immer noch hängt in Nordrhein-Westfalen der Schulerfolg ganz wesentlich von der sozialen Herkunft ab. Während zum Beispiel in Finnland 70 Prozent der SchülerInnen eine

Hochschulqualifikation haben, sind es in NRW gerade mal 35 Prozent. Doch die schwarz-gelbe Landesregierung hält an diesem rückständigen System mit Zähnen und Klauen fest. Wir GRÜNE wollen die Talente nicht länger brachliegen lassen, sondern eine einheitliche Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse. Wir wollen ALLE Kinder ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend fördern und soziale Unterschiede ausgleichen. Alle Kinder müssen die Chance auf optimale Bildung erhalten – ob sie in der Nordstadt, in Eving oder der östlichen Innenstadt wohnen.

NICHT NUR DAS ATOMARE, AUCH DAS FOSSILE ZEITALTER IST VORBEI

Einen stärkeren GRÜNEN Rückenwind aus Düsseldorf brauchen wir auch für den Klimaschutz. Wir halten es für überlebensnotwendig, bis 2050 den Ausstoß von Treibhausgasen gemessen an den Werten von 1990 um 90 bis 95 Prozent zu reduzieren. Dafür müssen wir bei der Stromerzeugung erneuerbare Energien verwenden, bei Gebäuden Energie sparen und im Verkehr emissionsfreie oder -arme Verkehrsmittel nutzen. Dazu müssen wir verstärkt den Personen- und Gütertransport auf die Schiene verla-

gern, den ÖPNV verbessern sowie den Anteil des Radverkehrs erhöhen.

Bei der Stromerzeugung müssen wir uns von der Kohleverstromung verabschieden. Denn selbst bei den neuesten Kohlekraftwerken wird noch nicht einmal die Hälfte des Energieträgers in Strom umgewandelt. Stattdessen wollen wir den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 22 Prozent steigern. Außerdem wollen wir einen Ausbau effizienter Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und dezentraler, kleiner Blockheizkraftwerke. Zusammen mit umfassenden Dämm-Maßnahmen sorgen solche Blockheizkraftwerke für eine umfassende Energieeinsparung gerade auch im Wohnungsbestand, zum Beispiel in der Oststadt und der Nordstadt. Denn rund 85 Prozent der 8,3 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen sind noch nicht energiesaniert. So entstehen auch Arbeitsplätze im örtlichen Bauhandwerk und beim Bau der Energieversorgungsanlagen. Und wer die Arbeitslosenzahlen zum Beispiel in Eving kennt, der weiß, wie notwendig zukunftsfähige Arbeitsplätze sind. ●

Ingrid Reuter

www.gruene-dortmund.de/ingrid-reuter





MARTIN TÖNNES

Landtagswahlkreis 113 Dortmund III:
Stadtbezirke Scharnhorst, Brackel,
Aplerbeck

Als gebürtiger Brackeler liegen mir die östlichen Stadtteile von Dortmund besonders am Herzen. Mein Abenteuer-spielplatz waren die Felder zwischen Brackel und Asseln, der Kurler Busch und die Halde Schleswig hinter der ehemaligen COOP-Fläche. Meine ersten politischen Erfahrungen sammelte ich in der Initiative gegen den Bau der OW IIIa. Später gründete ich mit anderen den Kreisverband Dortmund des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Da lag der Schritt zu einem politischen Engagement bei den GRÜNEN in Dortmund nahe.

Nach dem Studium der Raumplanung an der Universität Dortmund folgten einige Jahre als Mitinhaber eines Planungsbüros. Mit den Schwerpunkten Wohnungs- und Verkehrspolitik arbeite ich seit 1997 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die GRÜNE Landtagsfraktion in Düsseldorf. Seit 2004 bin ich Mitglied im Rat der Stadt Dortmund. Die GRÜNE Ratsfraktion vertrate ich in den Ausschüssen für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie für Umwelt, Stadtentwicklung, Wohnen und Immobilien.

FÜR EIN STARKES RUHRGEBIET

Die Ruhrgebietspolitik und eine städteübergreifende Lösung der drängenden Probleme dieser Region liegen mir besonders am Herzen. Das Ruhrgebiet kann seine Strukturprobleme nur bewältigen und neue Arbeitsplätze schaffen, wenn alle Städte der Region an einem Strang ziehen. 2010 ist das Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt – der lebendige Beweis, dass Erfolg vor allem aus gemeinsamer Zusammenarbeit entsteht.

Doch die Finanzkrise der Stadt Dortmund rührt auch daher, dass sich die Städte im Ruhrgebiet lieber gegenseitig Konkurrenz machen. Dies gilt insbesondere bei der Ausweisung von Gewerbeflächen und bei der Werbung um Betriebsansiedlungen. Meine politische Maxime: Hauptsache Arbeitsplätze werden in der Metropole Ruhr geschaffen und erhalten. Ob der Arbeitsplatz im Kreis Unna oder in Dortmund-Kurl liegt, macht für die Menschen kaum einen Unterschied. Der Region nutzt beides. Wir GRÜNE wollen dies zum Erfolgsmaßstab machen – und nicht das Pflegen von lokalen Kirchtürmen.

WOHNEN IST MENSCHENRECHT: WOHNUNGSHESCHRECKEN STOPPEN

Mehr als 45 000 Wohnungen in Dortmund gehören mittlerweile sogenannten Wohnungsheuschrecken. Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung die Wohnungen der LEG verkaufte, überweisen 17 000 Dortmunderinnen und Dortmunder ihre Miete an den Immobilienfonds „Whitehall“. Wir GRÜNE haben



die LEG-Mieterinitiative gegen den LEG-Verkauf unterstützt und politisch gefordert, dass die LEG-Wohnungsbestände an verantwortlich agierende Wohnungsgesellschaften wie die städtische DOGEWO abgegeben werden sollen. Doch die „Privat vor Staat“-Ideologie der schwarz-gelben Landesregierung hat eine solche Lösung im Interesse der Menschen verhindert.

Besonders in Scharnhorst und Lanstrop werden wir darauf achten, dass keine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird. Wir werden den Mietern helfen, ihre Rechte durchzusetzen, wenn die Instandhaltungen ausbleiben und die Wohnungen nach und nach verkommen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese

Wohnungen an kommunal verankerte Wohnungsgesellschaften übergeben werden können.

FLUGHAFEN DORTMUND: KEINE VERKÜRZTE SCHLAFZEIT

Keinen Meter mehr und keine Minute länger. Nirgendwo sonst in Europa liegen die Flughäfen so dicht beieinander wie in NRW. Von Dortmund aus sind es weniger als 80 Kilometer bis zu den Flughäfen Düsseldorf, Münster und Paderborn. Die Folge: Im Wettbewerb um Fluglinien und Fluggäste kannibalisieren sich die Flughäfen gegenseitig. 320 Millionen Euro aus den Strom-, Gas- und Wasserrechnungen der Dortmunder Bürgerinnen und Bürger flossen schon als Subventionen an den Flughafen. Und trotzdem zieht jetzt die Lufthansa-Tochter Eurowings aus Dortmund fort. Der Flughafen Dortmund konnte in diesem Wettbewerb nicht mithalten.

Daran werden auch die Pläne der anderen Parteien für eine längere Start- und Landebahn oder ausgeweitete Betriebszeiten bis in die Nachtstunden nichts ändern. Der Flughafen Dortmund wird auf Dauer ein Subventionsgrab bleiben. Im Landtag werden wir uns dafür einsetzen, dass es keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt für Ausbaumaßnahmen an den Flughäfen geben wird. Wir werden die ohnehin knappen Landesmittel für ein Sozialticket sowie für eine Ausbauoffensive für Busse und Bahnen und die Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten einsetzen. ●

Martin Tönnies

www.gruene-dortmund.de/martin-toennes



ENNO WIESNER

**Landtagswahlkreis 114 Dortmund IV:
Stadtbezirke Hörde, Hombruch,
Lütgendortmund**

Mit meinen 20 Jahren bin ich einer der jüngsten KandidatInnen in ganz NRW. Zurzeit leiste ich ein Freiwilliges Ökologisches Jahr beim Umweltzentrum Westfalen in Bergkamen ab. Politisch aktiv wurde ich Anfang 2007, erst für die Grüne Jugend, später auch für DIE GRÜNEN. Seit Sommer 2009 bin ich Beisitzer im Landesvorstand der Grünen Jugend NRW.

JUNGE MENSCHEN NACH VORN

Politik muss zukunftsfähig sein und sich am Wohl künftiger Generationen orientieren. Daher ist mir wichtig, dass Politik nicht nur für junge Menschen, sondern auch von ihnen gemacht wird. Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Leben muss eine Selbstverständlichkeit werden.

Schwarz-Gelb hat die Drittelparität in der Schulkonferenz abgeschafft und massiv beim Landesjugendplan gekürzt – und damit junge Leute aus ihrer politischen Agenda ausgeklammert. Diese fatalen Entscheidungen müssen schnellstmöglich rückgängig gemacht werden, denn Mitbestimmung fängt in der Schule und bei Projekten in Jugendzentren und Kultureinrichtungen an.

Darüber hinaus setze ich mich für die Absenkung des Wahlalters ein.

SCHULSYSTEM GRUNDLEGENDE REFORMIEREN

Unser jetziges Schulsystem ist ungerecht, lernfeindlich und bedarf einer Generalüberarbeitung. CDU und FDP halten stur an der Separation nach der vierten Klasse und den bildungspolitischen Betriebsunfällen Kopfnote und G8 fest.

So verstaubt unser Schulsystem mehr und mehr – und verliert den internationalen Anschluss.

Ich kämpfe für eine Schule für alle. Denn nur durch längeres gemeinsames Lernen und eine individuelle Förderung können die SchülerInnen ihr Potenzial voll ausschöpfen. Außerdem müssen die altmodische Leistungsbewertung durch Ziffernoten hinterfragt und alternative, präzisere Bewertungsmethoden erprobt werden.

STUDIENGEBÜHREN ABSCHAFFEN

NRW braucht mehr und nicht weniger Studierende. Bildung ist die wichtigste Ressource, auf die unser Wohlstand und das demokratische System aufbauen. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Studiengebühren halten junge Menschen vom Studium ab – insbesondere jene, die nicht mit einem reichen Elternhaus gesegnet sind. Ich setze mich für die vollständige Abschaffung der Studiengebühren und eine soziale Hochschullandschaft ein.

FDP-Minister Pinkwart hat mit dem „Hochschulfreiheitsgesetz“ die kalte Ökonomisierung unseres Bildungssystems eingeleitet. Mit dem Hochschulrat hat er ein Gremium geschaffen, das

Studienfächer und Studierende auf ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit reduziert. Wir brauchen stattdessen eine demokratische Hochschule, die sich am Wohl der Studierenden orientiert und die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet. Nur so sind eine freie Entfaltung des Einzelnen und ein kritischer Dialog in der Gesellschaft überhaupt möglich.

Dazu gehört auch Zeit für ehrenamtliches Engagement während des Studiums. Doch mit der Bologna-Reform und der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse sind die Studienanforderungen gestiegen. Viele Fächer sind seitdem kaum noch studierbar. Auch bei diesem Problem produziert Schwarz-Gelb überwiegend leere Sprechblasen. Die neue Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Lehrpläne endlich entschlackt, Prüfungen reduziert und die Verschulung gestoppt werden. Die zahlreichen Hochschulbesetzungen haben gezeigt, wie dringlich das Problem ist. ●

Enno Wiesner

(enno.wiesner@gruene-jugend-nrw.de)

www.gruene-dortmund.de/enno-wiesner



DARUM AM 9. MAI MIT BEIDEN STIMMEN: SCHWARZ-GELB ABWÄHLEN! MEHR GRÜN MÖGLICH MACHEN!

DAS LAND SPIELT ÜBERALL MIT REIN

Politik und Alltag in Dortmund werden stark von der Landespolitik beeinflusst.

Die Gemeindefinanzierung allgemein, die finanzielle Förderung von Städtebauprojekten, der Verkauf der LEG-Wohnungen, der Verkehr und

nicht zuletzt die Bildung – überall ist das Land mit dabei oder spielt sogar die entscheidende Rolle. Deshalb engagieren wir uns als DirektkandidatInnen im Landtagswahlkampf. Damit die GRÜNE Fraktion in Düsseldorf stärker wird und die Handlungsspielräume für GRÜNE Politik im Land und in Dortmund größer werden.

Der 9. Mai ist eine Richtungswahl, die auch über die Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat entscheidet. Eine Stimme für GRÜNE ist darum auch eine Stimme gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg, eine Stimme gegen unsinnige Steuersenkungen und eine Stimme gegen die Kopfpause.

AN DER LANDSTAGSWAHL TEILNEHMEN?

„Wahlberechtigt für die Landtagswahl sind alle Deutschen in Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag:

das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 16 Tagen vor dem Wahltermin ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Dortmund haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

ÄNDERUNGEN IM WAHLVERFAHREN - WIE WIRD JETZT GEWÄHLT?

Erstmals gibt es auch bei der Landtagswahl ZWEI Stimmen. Mit der Erststimme wählen wir einen Direktkandidaten im Landtagswahlkreis. Dies ist eine Mehrheitswahl. Der/die KandidatIn mit den meisten Stimmen ist gewählt. 128 Sitze im Landtag (= 70 Prozent) werden so besetzt.

gewonnen haben, als ihrem Anteil an Zweitstimmen entspricht, werden die Mandate „aufgestockt“, bis das Verhältnis der Sitze dem Verhältnis der Wählerstimmen entspricht. Dabei hat der Landtag immer eine ungerade Zahl von Abgeordneten.

Mit der Zweitstimme wählen wir die Landesliste einer Partei. Darüber werden die übrigen 53 Abgeordnetensitze (= 30 Prozent) besetzt, so dass die Sitzverteilung im Landtag dem Verhältnis der Zweitstimmen entspricht. Wenn dann immer noch eine (oder mehrere) Parteien mit der Erststimme mehr Direktmandate

SCHWARZ- GELB ABWÄHLEN!



30 Jahre GRÜNE in Dortmund

Heute:
Ralf
Biehl

13. Dezember 1979 – 13. Dezember 2009

30 Jahre GRÜNE in Dortmund

„An was erinnerst Du Dich spontan als Erstes?“ fragte mich Christiane Vollmer. „Hm... MV beim Griechen in der Münsterstraße. Wo garantiert in der ersten Abstimmung die Tür aufging und jemand die Frage stellte: „Gyros-Teller ... Wer?“ und Klaus Maschmann seinen Eimer Leim mit der obligatorischen Plakatrolle dabei hatte. Er ging nämlich immer noch nach der MV „spazieren“ und so waren viele Dortmunder am nächsten Morgen über Plakatwände über den Stand der Dortmunder Hausbesetzerszene informiert.

Der Heidehof in Wellinghofen und die Wörthstraße in Dorstfeld waren damals ebenso ein Begriff wie Dorstfeld-Süd und der Revierpark Wischlingen/OWIIIa. Der Bau von Schnellstraßen durch Naturschutzgebiete und der Abriss von ganzen Häuserzeilen hatten mit dem Häuserkampf zu Beginn der 80er Jahre auch die neu gegründeten GRÜNEN erfasst. Ich war damals im Kreisvorstand und wir haben oft unsere Sitzungen in die besetzten Objekte verlegt, um uns bei vielleicht bevorstehenden Räumungen als Parteivertreter gleich mit räumen zu lassen. Das schafft noch mehr lokale Öffentlichkeit.

NATO-Doppelbeschluss, Pershing und die Bonner Demo '82 in den Rheinwiesen mit über 300 000 Teilnehmern waren ebenso wichtig wie die Ostermärsche, die in Dortmund fast 80 000 (!) Teilnehmerinnen hatten. Viel Politik fand damals auf der Straße statt. Allein bei der Anreise zu einer Demo am THTR in Hamm-Uentrop verursachte ein Autokorso von Dortmund über die A2 nach Hamm einen 10 Kilometer langen Stau.

Organisatorisch waren die GRÜNEN damals mit ihrer Geschäftsstelle noch in der Kaiserstraße beheimatet. Der Einzug in den Bundestag gelang den GRÜNEN ebenso wie das Ausstellen meines Mitgliedsausweises – was angesichts der Wahlkämpfe erst nach der Wahl 1983 erfolgte. Ich wurde bei meinem Bemühen 1982 den GRÜNEN nach der berühmten Wende (die F.D.P. wechselte=genscherte von der SPD zu Kohl) beizutreten vertröstet, weil die „90 GRÜNEN“ sich im Wahlkampf befänden und dafür nun gar keine Zeit war.

Gleich nach der Bundestagswahl starteten die Vorbereitungen für die Kommunalwahl 1984. Genügend Themen hatten wir ja und die Bürgerinitiativen waren zahlreich und stark. Ich wurde

damals zum Sprecher des Kreisverbands gewählt, und ich weiß noch, wie beliebt GRÜNE in weiten Teilen der Bevölkerung waren: Nach meinem Studium erklärte man mir seitens eines großen Dortmunder Unternehmens, dass die Einstellung von GRÜNEN nicht vorgesehen sei.

Und die Landesdelegiertenkonferenzen? Das war Unterhaltung pur. Flügelkämpfe, sich anbrüllen und vor allem Tagesordnungsdebatten, Präsidiumsbesetzungen und Geschäftsordnungsanträge bestimmten schon mal den ganzen ersten Tag, so dass man am Folgetag eigentlich nicht mehr wusste, wieso wir zusammengekommen waren. Ich kann mich erinnern, dass eine LDK 1984 in Witten nicht weniger als 178 Anträge zur Geschäftsordnung behandelt hat. Ich hatte jedenfalls abends Muskelkater in den Armen und im Bauch (vom Lachen). Nicht-rauchen musste per Antrag erst abgestimmt werden! Auf einer anderen LDK ein paar Jahre später wurde das Auto eines damaligen Mitglieds des Landesvorstands mit Farb-Parolen beschmiert (es war ein VW-Porsche). Die Porschefahrer unter den GRÜNEN stellten danach ihre Autos einige Häuserblocks entfernt ab.

Und die Mitgliederversammlungen in Dortmund? Oh, wie schön. Da war die Zeit des Nachbarschaftshauses Wambel (heute Ba-lou). Dort gab es noch Bier im Ausschank! Allerdings wurde bei einigen heftigeren Debatten, insbesondere wann ein Antrag mit oder ohne Enthaltungen die Mehrheit hat (also ein für Dortmund damals schon sehr bedeutendes Thema) von der Theke mit nicht der Sache dienenden Kommentaren belegt, die die Fortführung der Veranstaltung nicht sinnvoll erschienen ließen. Wir haben dann später an seriöseren Stätten ohne Bierausschank getagt.

Dann kamen wir 1984 in den Rat der Stadt Dortmund. Der Wahlabend bescherte uns nach einem beispiellosen Wahlkampf mit tollem Kulturprogramm, Straßenwahlkampf und vielen Aktiven ein Ergebnis, das uns jubeln ließ: 10,7 Prozent. Eine Spontandelelegation aus einigen Ratsmitgliedern und mir suchte das Büro des damaligen Oberbürgermeisters Samtlebe auf. Der empfing uns denn auch recht launig, bestellte ein paar Bierchen und setzte sich mit den Neuen in die Sofagalerie. Schnell bedienten wir uns an den bereitgestellten Zigarren und verschafften dem Raum eine nebelige Atmosphäre. Die wurde nur gestört von einem heftigen Windzug: Die Tür flog auf, darin stand der damalige Unterbezirksvorsitzende der SPD, Hermann Heinemann, mit hochrotem Kopf. Er schaute kurz dämonisch in die Runde, zischte ein kurzes „Günter, ich muss dich sprechen!“ und verschwand mit dem OB ins Nebenzimmer. Uns war klar, später wussten wir es auch, dass er dort seiner Begeisterung über unseren Besuch und unser Ergebnis Ausdruck verlieh.

Und die eigentliche politische Arbeit im Rat und den Ausschüssen? Wir spürten ständig die besondere Zuneigung für uns GRÜNE. Das Wort der Kulturrevolution machte die Runde und es wurde nicht nur durch die Strickpullover allen sofort klar, dass hier eine neue Zeitrechnung angebrochen war. ●

Ralf Biehl

Schreibt auf, was euch an GRÜNEN Erinnerungen einfällt und mailt uns eure Geschichten. Gern veröffentlichen wir eure Texte und eure Fotos.



Der Brief aus Berlin

LIEBE GRÜNE IN DER HEIMAT,

schneller als erwartet sind die in den Koalitionsverhandlungen nur notdürftig überdeckten Widersprüche zwischen den angeblichen Wunschpartnern CDU/CSU und FDP aufgerissen. Der Merkel-Regierung schwant: Unter den Bedingungen einer Wirtschafts- und Finanzkrise, die kein Konjunkturreinbruch, sondern eine Strukturkrise ist, lassen sich die Steuersenkungspläne sowie die Umverteilungspolitik zugunsten einflussreicher Interessen nicht so einfach durchsetzen. Dies erkennen oder wenigstens erahnen zu müssen, war und ist ein schwerer Schock – vor allem für die FDP. Denn außer Steuersenkungen, der Kopfpauschale im Gesundheitswesen und vagen Versprechen der Entbürokratisierung hat diese in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik programmatisch nichts zu bieten. Das sogenannte liberale Bürgergeld war von vornherein eine Chimäre: Weder finanzpolitisch noch gesellschaftspolitisch unterfüttert, war es dazu gedacht, mit lautem Getöse in den öffentlichen Raum gestellt zu werden, um es dann stillschweigend zu beerdigen.

Jetzt steht die FDP, aber auch die Union vor erheblichen Zielkonflikten, auf deren Lösung sie sich nicht vorbereitet hatten: Selbst eine kleine Kopfpauschale würde einen zweistelligen Milliardenbetrag allein für den Sozialausgleich aus Steuermitteln erfordern – und das angesichts eines erwarteten Defizits in der gesetzlichen Krankenversicherung von 15 Milliarden Euro im Jahr 2011. Um das Defizit zu decken und den Sozialausgleich gerecht (d. h. nicht aus Verbrauchs- und Mehrwertsteuer) zu finanzieren, müssten aus der Einkommenssteuer rund 25 Milliarden Euro zusätzlich aufgebracht werden. Das ist aber ziemlich genau der Betrag, der FDP und CSU als Einkommenssteuersenkung vorschwebt. Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit: ca. 45 Milliarden Euro!

Der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung müsste auf 4,5 Prozent steigen, wenn die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen wollte. Doch die Koalition aus Union und FDP will weder den Beitragssatz über 3,0 Prozent anheben noch das erwartete Defizit von 11 Milliarden Euro über einen Steuerzuschuss decken. Selbst bei einer vollständigen Kürzung der aktiven Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsmaßnahmen könnte die BA ihren Haushalt nicht ausgleichen – soll sie eine eigene Anleihe begeben? Zu allem Überfluss lauern noch beträchtliche Risiken in den Schattenhaushalten wie dem Bankenrettungsfonds. Würde deren Defizit im laufenden Haushaltsjahr 2010 ehrlich ausgewiesen, wäre die tatsächliche Nettoneuverschuldung von 130 Milliarden Euro sichtbar und nicht die ausgewiesene „geschönte“ in Höhe von „nur“ rund 80 Milliarden Euro.

Das sind nur die großen Brocken neben vielen weiteren. Die Probleme sind riesig und die Bundesregierung hofft irgendwie, ohne konkrete Aussage zur Problemlösung über den 9. Mai 2010, den Termin der Landtagswahl zu kommen.

Was danach passieren kann, zeigt konkret die in Dortmund bereits sichtbare Diskussion um das Arbeitsmarktprogramm „Jobperspektive“: Die engagierte Arbeit der „ARGE Jobcenter“ wird durch die neue Ministerin Ursula von der Leyen torpediert: Und dies, obwohl es die ARGE zusammen mit gewerblichen Unternehmen und Beschäftigungsträgern innerhalb weniger Jahre geschafft hat, aus einem Pilotprojekt („Dortmunder Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit“) ein beachtliches Förderprogramm für fast 1300 Erwerbstätige mit Beeinträchtigungen und Vermittlungsschwierigkeiten zu machen. Ein gewerblicher Anteil von 80 Prozent und eine Abbrecherquote nahe Null belegen den Erfolg, der bereits jetzt gebremst und im nächsten Jahr womöglich noch stärker unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. Wird dann wieder bloß Arbeitslosigkeit

statt Arbeit finanziert? Wie sollen sich diejenigen fühlen, denen noch vor wenigen Monaten eine dauerhafte Perspektive glaubhaft in Aussicht gestellt wurde? Skrupel befällt angesichts solcher Vorhaltungen die Bundesregierung nicht. Hauptsache, sie kratzt sich ihre Milliarden für die Entlastung von Erben und Hoteliers irgendwie nachträglich zusammen.

Angesichts der offenkundigen Planlosigkeit verbeißen sich die Hauptpersonen und Nebendarsteller des schwarz-gelben Chaos untereinander. Ihr Erscheinungsbild ähnelt dem einer Massenschlägerei. Als ich diesen Satz vor zwei Wochen im Plenum des Deutschen Bundestages aussprach, sah ich vor mir in den Reihen der Regierungsfractionen nur betretene Gesichter. Nicht einmal zu einem Zwischenruf mochte sich jemand ermannen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zuletzt zu erklären, dass Westerwelle versucht, mit einer ziemlich abstoßenden Hetze gegen Langzeitarbeitslose von der eigenen Unzulänglichkeit abzulenken. Von Seiten der Grünen Bundestagsfraktion haben wir massiv dagegen gehalten, die verfälschten Rechenbeispiele widerlegt und einen eigenen Antrag zur Bemessung der Regelsätze vorgelegt. Ich bin überzeugt: Letztlich hat ein Politikansatz, der sich um Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit bemüht, mehr Erfolg als das Gebrüll des Guido W., das letztlich doch nur Hilflosigkeit offenbart.

Euer

Markus (Kurth)

PS: Alle Initiativen, Berechnungen und Anträge zur jüngsten Auseinandersetzung um Hartz IV könnt ihr auf meiner Homepage www.markus-kurth.de finden.

Wer regelmäßig Informationen erhalten will, kann meinen elektronischen Newsletter abonnieren.

